ren sich allein 2014 auf etwa 4,7 Milliarden Euro.

Doch selbst Milliardensubventionen helfen nicht, wenn der Wind schwach weht, wenn Unternehmen schlecht planen und windige Anbieter in dem politisch angefachten Grün-Boom Kasse machen – zu Lasten der Anleger.

Nahezu alle betroffenen Fonds, Genossenschaften und Stadtwerke klagen, die Windprognosen von Gutachtern seien in der Vergangenheit flächendeckend viel zu optimistisch ausgefallen. Vor allem in Süddeutschland redeten Planer offenbar gleich reihenweise Schwachwindzonen zu Spitzenstandorten hoch.

Bernhard Wieland, Geschäftsführer mehrerer Windparks des Freiburger Fondsanbieters „Das grüne Emissionshaus", spricht von „Fehlern der Vergangenheit": Zwischen 2000 und 2005 sei das Windangebot im grenzenlosen Öko-Optimismus „komplett überschätzt worden".

Von den zwölf Fonds des Emissionshauses, so Wieland, seien mittlerweile zwei mit Abschlägen verkauft worden. Die Investoren hätten immerhin 90 Prozent ihrer Einlagen zurückbekommen. Von den verbliebenen würden immerhin „mehr als die Hälfte" nach Plan ausschütten. Nach einem Anlegerparadies klingt das nicht.

Tatsächlich entscheidet das schwer kalkulierbare Naturprodukt Wind darüber, ob eine Anlage schwarze oder rote Zahlen schreibt. Die Vergleichsmarke dafür lautet Volllaststunden – rechnerische Stunden pro Jahr, in denen ein Rad die Maximalleistung liefert. Und diese Leistung fällt in Deutschland sehr deutlich von Nord nach Süd ab: Auf Windplattformen in der stürmischen Nordsee liegt sie im Schnitt bei 3092 Volllaststunden. Im hügeligen Rheinland-Pfalz sind es 1503, im windschwachen Baden-Württemberg nur noch 1315.

Da ein Jahr 8760 Stunden zählt, entsprechen 2000 Volllaststunden gerade einer Auslastung der Anlage von 23 Prozent. Wenn im ohnehin flautenreichen Süden der Wind auch noch schwächer bläst als berechnet, gerät eine Anlage betriebswirtschaftlich schnell ins Trudeln. Denn subventioniert wird nicht das Windrad selbst, sondern der damit produzierte Strom.

Unerschütterlich Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann will trotz Protesten weiter Windparks bauen lassen

Großer Plan Die rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) will die Vollversorgung ihres Landes mit Ökostrom erreichen. Drei Viertel sollen von Windrädern kommen

Daldorf und seine Mitstreiter bestehen allerdings darauf, dass es nicht nur am Wind liegt, wenn Rotoren Geld vernichten. Der politisch angefachte Windkraftboom trieb in den vergangenen Jahren auch die Pachtpreise horrend nach oben. Selbst an schwachen Standorten verlangen Landeigentümer 40 000 Euro pro Windrad und Jahr, für Spitzenlagen sogar bis zu 100 000 Euro. Gut acht bis 13 Prozent des Umsatzes, rechnet Werner Daldorf vor, gehen deshalb schon für die Pacht drauf.

Das Hauptproblem sieht er allerdings in der Struktur vieler Projekte: Die Initiatoren von Fonds verdienen schon um die fünf Prozent durch den sogenannten Ausgabeaufschlag des Anteils. Oft übernehmen sie dann noch das Management des Parks – und kassieren dafür im Schnitt vier Prozent des Stromumsatzes. „Meist sind die Verträge so raffiniert gestrickt, dass die Investoren das Management gar nicht loswerden können", weiß Daldorf.

Anlegerschützer Herz erlebte als Investor, wie manche Fonds-Initiatoren auf die gekauften Windräder noch einen Aufschlag zum eigenen Vorteil addierten. „Wenn man genau hinschaut", meint Herz, „dann sind manche Projekte schon durch mindestens zwei Hände gegangen."

Fonds-Initiatoren verdienen meist schon, bevor das Rad überhaupt über dem Acker rotiert. Dreht es dann in die roten Zahlen, kassiert das Management weiter, genauso wie der Verpächter des Geländes. Den Verlust tragen allein die Anleger.

Oft verkaufen die Initiatoren einen durch die Anleger bereits voll finanzierten Defizit-Windpark auch noch mit großem Abschlag weiter – zum Schaden der Investoren. ▶▶▶

Fotos: Harald Tittel/ddp images, BI Pro Schurwald

Natur muss weg
Im Soonwald in Rheinland-Pfalz finden Rodungsarbeiten für einen Windpark statt

Wolfgang Strübing klagte in einem solchen Fall zusammen mit anderen Investoren auf Schadenersatz gegen den Geschäftsführer der Cuxhavener Umwelt Management AG, Uwe Leonhardt. Strübing musste den Fall bis zum Bundesgerichtshof durchfechten, bekam aber Recht. „Es gibt leider viele Scharlatane, die auf dem grünen Ticket unterwegs sind", resümiert Herz seine Erfahrungen mit Windkraftfonds – ein Urteil, das auch seine beiden Kollegen uneingeschränkt teilen.

Das Trio sitzt im Bundesverband Windenergie zusammen mit den Fondsbetreibern, die sie kritisieren. Entsprechend gewunden reagiert Henning Dettmer, Bundesgeschäftsführer des Verbands: Er kenne die Statistiken von Daldorf und Herz, es handle sich aber „nicht um offizielle Zahlen des Verbandes". Dettmer räumt ein, dass bisher noch keiner behauptet habe, die Zahlen seien falsch.

Auch Eveline Lemke, die grüne Wirtschaftsministerin von Rheinland-Pfalz, will die Verluste vieler Windparks nicht bestreiten. Lemke treibt trotzdem die Windkraftinvestitionen in ihrem Land eisern voran. Sie verfolgt einen großen Plan: Bis 2030 soll sich das Land an Rhein und Mosel komplett mit Grünstrom versorgen, drei Viertel davon sollen von Windturbinen kommen.

Zu den roten Bilanzen vieler Windparks sagt die Ministerin: „Wir kennen die Zahlen für Winderträge. Sie erstaunen uns nicht. Jede Technologie hat am Anfang eine Pionierphase, die nicht immer wirtschaftlich ist. Deshalb werden solche Phasen auch gefördert." Heute sei die Technologie aber weiter. Ihr Land habe genügend gute Windstandorte.

Bürgerinitiativen protestieren in Rheinland-Pfalz vor allem gegen geplante Windparks in Wäldern und Schutzgebieten. Ihr Argument: Wenn das Risiko besteht, dass die Räder Verluste produzieren, gibt es keinen Grund, sie gerade im windschwachen Rheinland-Pfalz zu forcieren.

„Sie argumentieren wie die Atom- und Kohlelobby", meint Lemke auf die FOCUS-Frage, warum sie solche Einwände nicht ernst nehme. „Der Klimawandel wartet nicht. Wir haben die Energiewende in Rheinland-Pfalz so geregelt, dass Klimaschutz, Landschafts- und Naturschutz vereinbar sind." Auf die Frage, warum sie so viel Windkraft in Süddeutschland wünscht, während in Norddeutschland schon jetzt Windstromüberschüsse anfallen, hat sie auch eine Antwort: „Wenn wir den Strom selber erzeugen, wo wir ihn verbrauchen, sparen wir uns aufwendigen Trassenbau. Außerdem bleibt die Wertschöpfung in der Region."

So sieht es auch Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der bis 2020 im Ländle 1100 neue Rotoren will. „Die Regierung hat das so entschieden", blaffte Kretschmann kürzlich Demonstranten an, „und so wird es auch gemacht." ■

ALEXANDER WENDT

Vorsicht, Fallen!

Wer in Windkraft investieren will, sollte sehr genau hinschauen und rechnen.

Unsicher wie das Wetter

Anleger sollten wissen, dass Investitionen in Windfonds mit einem Totalverlust enden können. „Als Altersvorsorge sind sie generell nicht geeignet", sagt Ulrike Brendel, Anlagespezialistin der Verbraucherzentrale Bremen. „Von einer Beteiligung an Geschlossenen Fonds raten wir Kleinanlegern grundsätzlich ab."

Grauer Finanzmarkt

Viele Beteiligungsformen an Windkraft – Geschlossene Fonds, Genussscheine, Unternehmensanleihen – gehören zum sogenannten grauen Kapitalmarkt. Die Sicherheitsanforderungen liegen dort niedrig, Aufsichtsbehörden kontrollieren nur die formale Richtigkeit von Prospekten.

Fußeisen für Investoren

In etlichen Fonds können Investoren nur wenig mitbestimmen. Das Management sichert sich oft den Einfluss durch sogenannte Mehrstimmenrechte – Stimmrechte ohne eigene Kapitaleinlage. Deshalb: Satzungen sehr genau studieren.

Energiegenossenschaften

Manche Genossenschaften verpflichten Mitglieder dazu, bei schlecht laufenden Projekten Geld nachzuschießen. Einige verlangen höchst unsichere Nachrangkredite. In beiden Fällen gilt: Finger weg!

Mehr zum Thema:
Alexander Wendt, „Der grüne Blackout", 167 Seiten, bei Amazon 9,99 Euro

Foto: imago